S 22 U 3302/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Landessozialgericht Baden-Württemberg
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	3
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	<ol style="list-style-type: none">1. Die zulässige Erhebung einer Untätigkeitsklage setzt einen zuvor gestellten Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes voraus.2. Eine ärztliche Anzeige über eine Berufskrankheit stellt keinen im Namen des Versicherten gestellten Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes dar.3. Ein Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes ist nicht grundsätzlich als Minus in der Erhebung der Untätigkeitsklage zu sehen.4. Das Gericht muss den Ablauf der sechsmonatigen Wartefrist vor seiner Entscheidung über eine Untätigkeitsklage nicht abwarten, wenn die sechsmonatige Wartefrist ganz erheblich unterschritten worden ist oder gar die Erhebung der Untätigkeitsklage und die Stellung des Antrages auf Vornahme eines Verwaltungsaktes gleichzeitig erfolgen.
Normenkette	§ 88 Abs. 1 S. 1 SGG , § 16 Abs. 1 S. 1 SGB I , § 31 SGB X , § 202 SGB VII , § 19 S. 2 SGB IV
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 22 U 3302/18
Datum	04.10.2019

2. Instanz

Aktenzeichen

L 3 U 3673/19

Datum

12.02.2020

3. Instanz

Datum

-

Die Berufung der Klagerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 04.10.2019 wird zurückgewiesen. Augergerichtliche Kosten der Klagerin sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist die Verpflichtung der Beklagten zum Erlass eines Verwaltungsaktes streitig.

Dr. S., Klinikum F., erstellte unter dem 17.08.2006 eine die Klagerin betreffende ärztliche Anzeige über eine Berufskrankheit, welche bei der Beklagten am 01.09.2006 einging. Sie führte darin die bestehenden Handekzeme auf den Kontakt mit Kühlschmierstoffen, Klebern und len im Rahmen der beruflichen Tätigkeit als Monteurin bei der M. GmbH zurück. Die weitere Behandlung der Hauterkrankung der Klagerin erfolgte im Auftrag der Beklagten im Klinikum F. Dr. P., Klinikum F., teilte in ihrem Befundbericht vom 04.12.2007 mit, die Behandlung sei nun abgeschlossen. Die Fortsetzung der schtzenden und pflegerischen Maßnahmen sei weiterhin notwendig. Daraufhin führte die Beklagte mit Bescheid vom 17.12.2007 aus, nach dem Bericht des Klinikums F. vom 04.12.2007 seien die Hautveränderungen seit Oktober 2007 bis auf Weiteres dauerhaft stabil abgeheilt, weil die Klagerin das erarbeitete Hautschutz- und Pflegeprogramm erfolgreich umgesetzt habe. Es sei deshalb zu erwarten, dass die Klagerin  wenn sie diese Maßnahmen weiterhin gewissenhaft umsetze  trotz fortbestehender beruflicher Hautbelastung auch künftig als Monteurin von Getrieben tätig sein könne, ohne ein Wiederaufleben der Hautveränderungen oder eine erneute Verschlimmerung ihres anlagebedingten Hautleidens befürchten zu mssen. Daher werde das Verfahren jetzt abgeschlossen.

Aktenkundig sind ferner der die Feststellung einer Berufskrankheit nach Nr. 1302 der Anlage 1 zur Berufskrankheitenverordnung (BKV) und einer sogenannten Wie-Berufskrankheit ablehnende Bescheid vom 04.09.2007 sowie der die Feststellung einer Berufskrankheit nach Nr. 4302 der Anlage 1 zur BKV ablehnende Bescheid vom 07.06.2011.

Die Klagerin stellte am 13.10.2017 einen Überprüfungsantrag. Dieser richtete sich unter anderem gegen die Ablehnung der Berufskrankheiten nach Nrn. 1302 und 4302 der Anlage 1 zur BKV sowie sämtlicher möglicher anderer Berufskrankheiten. Nachdem eine Begründung dieses berprfungsantrages unterblieben war, lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 27.03.2018 diesen Antrag ab. Eine unrichtige Anwendung des Rechts oder ein unrichtiger Sachverhalt ergebe sich bei Erlass des Bescheides vom 17.12.2007 nicht.

Hiergegen erhob die KlÄgerin am 27.04.2018 Widerspruch, den die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 10.08.2018 zurÄckwies. Die hiergegen zum Sozialgericht (SG) Freiburg erhobene Klage ist unter dem Aktenzeichen S 20 U 3834/18 anhängig.

Bereits am 25.07.2018 hat die KlÄgerin beim SG Freiburg UntÄrtigkeitsklage erhoben. Trotz erfolgter Ärtzlicher Anzeige einer Berufskrankheit habe die Beklagte Äber das Vorliegen einer Berufskrankheit nach Nr. 5101 der Anlage 1 zur BKV keinen Bescheid erlassen. Die behandelnde HautÄrtztin sei als von der KlÄgerin konkludent Bevollmächtigte anzusehen. Eine Berufskrankheitenanzeige sei darauf ausgerichtet, hierÄber eine Entscheidung zu erhalten. Im Äbrigen seien Leistungen von Amts wegen zu gewÄhren, so dass die Beklagte bereits damals Leistungen hÄtte gewÄhren mÄssen. Die Beklagte hat hiergegen eingewandt, eine UntÄrtigkeit ihrerseits liege in Bezug auf die Feststellung einer Berufskrankheit nach Nr. 5101 der Anlage 1 zur BKV nicht vor, da ein Antrag auf eine solche Feststellung bisher bei ihr nie gestellt worden sei. Erst mit der erhobenen UntÄrtigkeitsklage sei "indirekt" beantragt worden, dass sie Äber eine Berufskrankheit nach Nr. 5101 der Anlage 1 zur BKV entscheiden solle, weswegen sie nun ein Verwaltungsverfahren eingeleitet und diverse FrageÄgen Äbersandt habe. Im Hinblick hierauf hat die KlÄgerin dargelegt, sie wisse schon jetzt, dass sie innerhalb kÄrzester Zeit wieder die nÄchste UntÄrtigkeitsklage erheben kÄnne. Erneute Antragsvordrucke mÄssten beim besten Willen nicht ausgeÄllt werden. Unter dem 09.09.2019 hat die Beklagte mitgeteilt, die FrageÄgen seien immer noch nicht ausgeÄllt worden.

Das SG Freiburg hat mit Gerichtsbescheid vom 04.10.2019 die UntÄrtigkeitsklage abgewiesen. Die zulÄssige Erhebung einer UntÄrtigkeitsklage setze nach dem eindeutigen Wortlaut des [Ä§ 88 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) voraus, dass zuvor ein Antrag gestellt worden sei. Ein Antrag mÄsse auch dann vorliegen, wenn die BehÄrde an sich auch ohne Antrag von Amts wegen tÄrtig werden mÄsse. Begehrt werden mÄsse der Erlass eines Verwaltungsaktes, also nicht eine sonstige Amtshandlung. Unter einem Antrag verstehe man eine einseitige, empfangsbedÄrftige und auf eine bestimmte Leistung des LeistungstrÄgers gerichtete Äffentlich-rechtliche WillenserklÄrung der Antragstellerin, mit der sie zum Ausdruck bringe, eine Sozialleistung in Anspruch nehmen zu wollen. Als Antrag der KlÄgerin in diesem Sinne sei die Berufskrankheitenanzeige der Dr. S. nicht anzusehen. Denn die Berufskrankheitenanzeige erfolge aufgrund der in [Ä§ 202 Satz 1 SGB VII](#) angeordneten und damit gesetzlichen Verpflichtung und nicht im Auftrag der KlÄgerin. Das EinverstÄndnis der KlÄgerin hierzu sei nicht erforderlich. Vielmehr seien die Versicherten nach [Ä§ 202 Satz 2 SGB VII](#) in der Fassung bis zum 25.11.2019 lediglich Äber den Inhalt der Berufskrankheitenanzeige zu unterrichten. Es kÄnne daher schon keine konkludente Bevollmächtigung angenommen werden, so dass die Berufskrankheitenanzeige auch nicht als WillenserklÄrung der KlÄgerin angesehen werden kÄnne. DarÄber hinaus werde mit einer Berufskrankheitenanzeige auch nicht zum Ausdruck gebracht, eine Sozialleistung in Anspruch nehmen zu wollen. Berufskrankheitenanzeigen sollten lediglich sicherstellen, dass Berufskrankheiten nicht Äbersehen wÄrden, dass UnfallversicherungstrÄger mÄglichst umfassend Kenntnis von VerdachtsfÄllen

auf Berufskrankheiten bekÄmen und entsprechende Ermittlungen einleiten und gegebenenfalls erforderliche prÄventive beziehungsweise leistungsrechtliche MaÄnahmen ergreifen kÄnnen. Daraus folge auch, dass Berufskrankheitenanzeigen gerade nicht auf die Vornahme eines Verwaltungsaktes gerichtet seien.

Gegen den Gerichtsbescheid des SG Freiburg hat die KlÄgerin am 30.10.2019 Berufung zum Landessozialgericht (LSG) Baden-WÄrttemberg erhoben. Sie habe einen Rechtsanspruch darauf, dass Äber ihre angezeigte Berufskrankheit ein Bescheid bekannt gegeben werde. Die UntÄchtigkeitsklage sei eine reine Verbeschiedungsklage und es spiele letztendlich Äberhaupt keine Rolle, ob das aufgrund einer Berufskrankheitenanzeige oder aufgrund eines selbst gestellten Antrages erfolge. SelbstverstÄndlich sei ohne den Betreffenden selbst eine Berufskrankheitenanzeige unzulÄssig, weil der Arzt unter Schweigepflicht stehe. Die Angelegenheit sei an das SG Freiburg zurÄckzuverweisen, da Rechtsschutz verweigert worden und in der Sache im Endergebnis keine Entscheidung ergangen sei.

Die KlÄgerin beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 04.10.2019 aufzuheben, die Beklagte zu verurteilen, Äber das Vorliegen einer Berufskrankheit nach Nr. 5101 der Anlage 1 zur BKV einen Bescheid bekannt zu geben und die Angelegenheit an das Sozialgericht Freiburg zurÄckzuverweisen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄckzuweisen.

Das Vorliegen einer Berufskrankheit nach Nr. 5101 der Anlage 1 zur BKV sei von ihr weder geprÄft noch abgelehnt worden, da hierfÄr aufgrund des Befundes des UniversitÄtsklinikums Freiburg Äberhaupt keine Veranlassung bestanden habe. Somit sei auch der ÄberprÄfungsantrag der KlÄgerin ins Leere gegangen. Einen ausdrÄcklichen Antrag, einen Verwaltungsakt Äber die Feststellung einer Berufskrankheit nach Nr. 5101 der Anlage 1 zur BKV zu erlassen, habe die KlÄgerin erstmals mit Erhebung der UntÄchtigkeitsklage gestellt. Damit gehe diese ins Leere, da sie bereits zu einem Zeitpunkt erhoben worden sei, zu dem sie, die Beklagte, noch gar nicht habe tÄtig werden kÄnnen.

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung ohne mÄndliche Verhandlung einverstanden erklÄrt.

EntscheidungsgrÄnde:

Die gemÄÄ [ÄÄ 143](#) und [144 SGG](#) statthafte, nach [Ä 151 SGG](#) form- und fristgerechte sowie auch im Äbrigen zulÄssige Berufung der KlÄgerin, Äber die der Senat aufgrund des EinverstÄndnisses der Beteiligten gemÄÄ [Ä 124 Abs. 2 SGG](#) ohne mÄndliche Verhandlung entschieden hat, ist unbegrÄndet.

Die KlÄgerin begehrt die Aufhebung des Gerichtsbescheides des SG Freiburg vom 04.10.2019, mit dem die auf die Verurteilung der Beklagten zum Erlass eines Bescheides in Bezug auf die Feststellung einer Berufskrankheit nach Nr. 5101 der Anlage 1 zur BKV gerichtete UntÄrtigkeitsklage im Sinne des [Ä 88 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) abgewiesen worden ist. Der Senat legt den im Berufungsverfahren gestellten weiteren Antrag dahin aus, dass die KlÄgerin lediglich hilfsweise die ZurÄckverweisung des Rechtsstreits an das SG Freiburg begehrt.

Die von der KlÄgerin erhobene UntÄrtigkeitsklage ist bereits unzulÄssig.

PrÄfungsmastab fÄr die Frage, ob eine UntÄrtigkeitsklage zulÄssig ist, ist [Ä 88 Abs. 1 Satz 1 SGG](#). Danach ist die Klage, wenn ein Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht beschieden worden ist, nicht vor Ablauf von sechs Monaten seit dem Antrag auf Vornahme des Verwaltungsaktes zulÄssig.

Die zulÄssige Erhebung einer UntÄrtigkeitsklage setzt damit einen zuvor gestellten Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes voraus.

Dies ergibt sich bereits aus dem Wortlaut des [Ä 88 Abs. 1 Satz 1 SGG](#), wonach eine solche Klage nicht vor Ablauf von sechs Monaten "seit" dem Antrag auf Vornahme des Verwaltungsaktes zulÄssig ist (vergleiche auch: Binder: in LÄdtke/Berchtold, SGG, 5. Auflage 2017, Ä 88 Rn. 5, wonach der Verwaltungsakt "bereits bei der BehÄrde beantragt sein" muss; Claus in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Auflage, Stand 15.07.2017, Ä 88 Rn. 12, wonach eine UntÄrtigkeitsklage voraussetzt, dass ein Antrag "gestellt worden" ist; Jaritz in: Roos/Wahrendorf, SGG, 1. Auflage 2014, Ä 88 Rn. 16, wonach ein Bescheidungsanspruch grundsÄtzlich dann besteht, wenn ein Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes "gestellt wurde"; B. Schmidt in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Auflage 2017, Ä 88 Rn. 3, wonach der KlÄger einen Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes "gestellt haben" muss; Ulmer in: Hennig, SGG, Stand Juni 2015, Ä 88 Rn. 9, wonach eine UntÄrtigkeitsklage nur zulÄssig ist, wenn "zuvor" ein Antrag auf Vornahme des Verwaltungsaktes bei der BehÄrde gestellt worden ist; Wolff-Dellen in: Breitkreuz/Fichte, SGG, 2. Auflage 2014, Ä 88 Rn. 2, wonach ein entsprechender Antrag "gestellt sein" muss). Zudem ist es nicht Aufgabe der Gerichte, anstelle der Verwaltung tÄtig zu werden. Aufgrund der verfassungsrechtlich verankerten Gewaltenteilung ist es zunÄchst Sache der Verwaltung, sich mit den (vermeintlichen) AnsprÄchen des einzelnen BÄrgers zu befassen. Erst dann sind die Gerichte dazu berufen, das Handeln (gegebenenfalls auch eine UntÄrtigkeit) der Verwaltung auf seine RechtmÄigkeit zu prÄfen. Diese Kompetenzverteilung wÄrde unterlaufen, wenn die Sozialgerichte eine Angelegenheit anstelle der Verwaltung einer Regelung zufÄhren kÄnnten, ohne dass letzterer infolge der fehlenden Antragstellung die MÄglichkeit verblieben war, zuvor Äber das Begehren in dem gesetzlich vorgesehenen Verwaltungsverfahren zu befinden (Ulmer in: Hennig, SGG, Stand Juni 2015, Ä 88 Rn. 9). Es genÄgt daher nicht, wenn mit der Erhebung einer UntÄrtigkeitsklage gleichzeitig ein Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes gestellt werden wÄrde.

Ferner ist zu beachten, dass ein vor Erhebung der Untätigkeitsklage gestellter Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes auch dann notwendig ist, wenn die Behörde – wie vorliegend die Beklagte nach [Â§ 19 Satz 2 SGB IV](#), wonach Leistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung von Amts wegen erbracht werden, soweit sich aus den Vorschriften für die gesetzliche Unfallversicherung nichts Abweichendes ergibt – auch ohne Antrag von Amts wegen tätig werden müsste, da der Wortlaut des [Â§ 88 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) an den gestellten "Antrag" anknüpft (Binder: in Ladtke/Berchtold, SGG, 5. Auflage 2017, Â§ 88 Rn. 5; Claus in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Auflage, Stand 15.07.2017, Â§ 88 Rn. 12; Jaritz in: Roos/Wahrendorf, SGG, 1. Auflage 2014, Â§ 88 Rn. 16; B. Schmidt in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Auflage 2017, Â§ 88 Rn. 3; Ulmer in: Hennig, SGG, Stand Juni 2015, Â§ 88 Rn. 9; Wolff-Dellen in: Breitzkreuz/Fichte, SGG, 2. Auflage 2014, Â§ 88 Rn. 2).

Ein nach alledem vor Erhebung der Untätigkeitsklage zu stellender Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes liegt im Falle der Klägerin aber nicht vor.

Prüfungsmaßstab für die Frage, ob überhaupt ein Antrag gestellt worden ist, ist zunächst [Â§ 16 Abs. 1 Satz 1 SGB I](#), wonach Anträge auf Sozialleistungen beim zuständigen Leistungsträger zu stellen sind. Ferner ist zu beachten, dass ein Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes jede Erklärung ist, mit der die Gewähr einer bestimmten Sozialleistung in Form einer behördlichen, einzelfallbezogenen Regelung im Sinne des [Â§ 31 SGB X](#) begehrt wird. Gegebenenfalls ist durch Auslegung zu ermitteln, ob eine bestimmte Erklärung einen Antrag beinhaltet. Maßgeblich ist, wie eine verständige Behörde das Vorbringen verstehen kann und muss. Vage Äußerungen reichen dabei nicht aus. Erforderlich ist, dass ein "konkretes, unmissverständliches Leistungsverlangen" zum Ausdruck gebracht wird (Claus in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Auflage, Stand 15.07.2017, Â§ 88 Rn. 12; Jaritz in: Roos/Wahrendorf, SGG, 1. Auflage 2014, Â§ 88 Rn. 17).

Nach diesen Maßstäben ist die von Dr. S. unter dem 17.08.2006 erstellte ärztliche Anzeige über eine Berufskrankheit kein im Namen der Klägerin gestellter Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes, sondern ist nur aufgrund der in [Â§ 202 Satz 1 SGB VII](#) normierten Verpflichtung erfolgt, wonach Ärzte ihren begründeten Verdacht, dass bei Versicherten eine Berufskrankheit besteht, dem Unfallversicherungsträger oder der für den medizinischen Arbeitsschutz zuständigen Stelle in der für die Anzeige von Berufskrankheiten vorgeschriebenen Form unverzüglich anzuzeigen haben. Dass es sich bei der ärztlichen Anzeige über eine Berufskrankheit nicht um einen im Namen der Klägerin gestellten Antrag handelt, ergibt sich aus [Â§ 202 Satz 2 SGB VII](#) in der Fassung bis zum 25.11.2019, wonach die Ärzte die Versicherten über den Inhalt der Anzeige zu unterrichten und ihnen den Unfallversicherungsträger und die Stelle zu nennen haben, denen sie die Anzeige übersenden. Würde es sich bei der ärztlich vorgenommenen Anzeige einer Berufskrankheit um einen im Namen der Klägerin gestellten Antrag auf Feststellung einer Berufskrankheit handeln, wäre eine Unterrichtung der Klägerin hierüber nicht mehr erforderlich.

Etwas Anderes ergibt sich nicht daraus, dass die Beklagte in der von der Klägerin erhobenen Untätigkeitsklage "indirekt" auch einen Antrag auf Feststellung einer Berufskrankheit nach Nr. 5101 der Anlage 1 zur BKV gesehen und deswegen ein hierauf gerichtetes Verwaltungsverfahren eingeleitet hat.

Zum einen teilt der Senat schon die so von der Beklagten vorgenommene Auslegung nicht. Denn bei einem an ein Gericht gerichteten Antrag auf Verpflichtung einer Behörde zur Vornahme eines Verwaltungsaktes handelt es sich um etwas Anderes als bei einem an die Behörde gerichteten Antrag auf die begehrte Feststellung oder Leistung. Die Antragstellung kann jedenfalls vorliegend auch nicht als Minus in der Erhebung der Untätigkeitsklage gesehen werden (so aber ohne Begründung Jaritz in: Roos/Wahrendorf, SGG, 1. Auflage 2014, Â§ 88 Rn. 22; Ulmer in: Hennig, SGG, Stand Juni 2015, Â§ 88 Rn. 10). So kann in einer an ein Gericht gerichteten Klageschrift regelmässig schon deshalb kein Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes durch den beklagten Leistungsträger gesehen werden, da das Gericht als Adressat des Schriftsatzes für den Erlass von Verwaltungsakten nicht zuständig und deshalb im vorliegend zu beurteilenden Zusammenhang gerade keine Stelle im Sinne des [Â§ 16 Abs. 1 Satz 1 SGB I](#) ist (LSG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 29.11.2018 [L 8 AS 354/16](#), juris Rn. 46). Etwas Anderes folgt hier auch nicht aus dem Inhalt der Klageschrift, denn in dieser stützt die durch einen Rentenberater vertretene Klägerin ihre Untätigkeitsklage gerade darauf, dass mit der von Dr. S. verfassten Anzeige einer Berufskrankheit bereits ein Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes gestellt worden sei. Es ist daher nicht sachgerecht, in ihrer zum SG Freiburg erhobenen Untätigkeitsklage einen ersten oder weiteren an die Beklagte gerichteten Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes zu sehen, nachdem sie ein derartiges Ansinnen in ihrer Untätigkeitsklage nicht zum Ausdruck gebracht hat. Dass die Beklagte die Untätigkeitsklage zum Anlass für die Einleitung eines Feststellungsverfahrens genommen hat, ist vielmehr ihrer sich aus [Â§ 19 Satz 2 SGB IV](#) ergebenden Verpflichtung, von Amts wegen Leistungen zu erbringen und damit auch entsprechende Ermittlungen anzustellen, geschuldet.

Zum anderen wäre, selbst wenn man in der Untätigkeitsklage auch einen Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes sehen wollte, die Untätigkeitsklage schon deshalb unzulässig, da wie oben bereits dargelegt ein "vor" Erhebung der Untätigkeitsklage gestellter Antrag auf Vornahme des Verwaltungsaktes erforderlich wäre.

Auch könnte eine mit einem Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes verbundene Untätigkeitsklage nicht nach Ablauf von sechs Monaten seit Stellung des Antrages auf Vornahme des Verwaltungsaktes zulässig werden. Zwar soll eine vor Ablauf der sechsmonatigen Wartefrist erhobene Untätigkeitsklage nachträglich zulässig werden, wenn während des anhängigen gerichtlichen Verfahrens die sechsmonatige Wartefrist abgelaufen ist (Binder: in Ladtke/Berchtold, SGG, 5. Auflage 2017, Â§ 88 Rn. 9; Claus in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Auflage, Stand 15.07.2017, Â§ 88 Rn. 29; Jaritz in: Roos/Wahrendorf, SGG, 1. Auflage 2014, Â§ 88 Rn. 32; B. Schmidt in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Auflage 2017, Â§ 88 Rn. 5c; Ulmer in:

Hennig, SGG, Stand Juni 2015, Â§ 88 Rn. 7; Wolff-Dellen in: Breitzkreuz/Fichte, SGG, 2. Auflage 2014, Â§ 88 Rn. 7; BSG, Urteil vom 18.05.2011 â€œ [B 3 P 5/10 R](#), SozR 4-3300 Â§ 71 Nr. 2, juris Rn. 19; BSG, Urteil vom 26.08.1994 â€œ [13 RJ 17/94](#), [SozR 3-1500 Â§ 88 Nr. 2](#), juris Rn. 19; anderer Ansicht Coseriu in: Zeihe/Hauck, SGG, 12. Auflage 2019, Â§ 88 Rn. 5a), weswegen die Ansicht vertreten wird, dass das Gericht auch noch den Ablauf der sechsmonatigen Wartefrist vor seiner Entscheidung abwarten kann (Jaritz in: Roos/Wahrendorf, SGG, 1. Auflage 2014, Â§ 88 Rn. 32), soll (Binder: in LÃ¼dtke/Berchtold, SGG, 5. Auflage 2017, Â§ 88 Rn. 9, 17; BSG, Urteil vom 26.08.1994 â€œ [13 RJ 17/94](#), [SozR 3-1500 Â§ 88 Nr. 2](#), juris Rn. 25) oder sogar muss (B. Schmidt in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Auflage 2017, Â§ 88 Rn. 5c; kritisch Claus in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 1. Auflage, Stand 15.07.2017, Â§ 88 Rn. 30; anderer Ansicht Ulmer in: Hennig, SGG, Stand Juni 2015, Â§ 88 Rn. 7). Dies kann jedoch nach der Ã¼berzeugung des Senats jedenfalls dann nicht gelten, wenn die sechsmonatige Wartefrist ganz erheblich unterschritten worden ist (Binder: in LÃ¼dtke/Berchtold, SGG, 5. Auflage 2017, Â§ 88 Rn. 9), und schon gar nicht gelten, wenn die Erhebung der UntÃ¤chtigkeitsklage und die Stellung des Antrages gleichzeitig erfolgen (Wolff-Dellen in: Breitzkreuz/Fichte, SGG, 2. Auflage 2014, Â§ 88 Rn. 7). Denn durch eine solche Vorgehensweise kÃ¶nnte sich ein KlÃ¤ger â€œ meist auch noch ohne Kostenrisiko â€œ auf prozessual missbilligenswerte Weise Zeitvorteile verschaffen, was die Prozessordnung nicht vorsieht. Das Gericht wÃ¼re gehalten, den Erlass des Bescheides und dann auch noch den Erlass des Widerspruchsbescheides abzuwarten und das gesamte Verwaltungsverfahren "unter richterlicher Aufsicht" zu halten. Eine derartige Zweigleisigkeit ist bei der Belastungssituation der Sozialgerichtsbarkeit kaum zu rechtfertigen und durch nichts geboten. HÃ¤lt sich die Verwaltung spÃ¤ter tatsÃ¤chlich nicht an die Fristen, mag erneut geklagt werden (Wolff-Dellen in: Breitzkreuz/Fichte, SGG, 2. Auflage 2014, Â§ 88 Rn. 7; anderer Ansicht mÃ¶glicherweise Jaritz in: Roos/Wahrendorf, SGG, 1. Auflage 2014, Â§ 88 Rn. 22, wonach eine "als Minus in der UntÃ¤chtigkeitsklage" zu sehende Antragstellung "zu diesem Zeitpunkt (noch)" unzulÃ¤ssig sei).

Nach alledem war der Gerichtsbescheid des SG Freiburg, mit dem es die unzulÃ¤ssige UntÃ¤chtigkeitsklage abgewiesen hat, ohne in der Sache selbst zu entscheiden, nicht aufzuheben. Deshalb und da das Verfahren auch nicht an einem wesentlichen Mangel gelitten hat, war der Rechtsstreit nicht nach [Â§ 159 Abs. 1 SGG](#) an das SG Freiburg zurÃ¼ckzuverweisen, so dass auch der Hilfsantrag der KlÃ¤gerin keinen Erfolg hat.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

GrÃ¼nde, im Sinne des [Â§ 160 Abs. 2 Nr. 1 oder 2 SGG](#) die Revision zuzulassen, sind nicht erkennbar.

Erstellt am: 24.03.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024